

Die Prägung politischer Einstellungen durch das Fernsehen – Evidenz aus Ostdeutschland

Tim Friehe, Helge Müller und Florian Neumeier*

Einleitung

Immer wieder werden Medieninhalte von totalitären Regimen manipuliert, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, die Opposition zu schwächen und die eigene Macht zu sichern. Die Einschränkungen der Pressefreiheit und die Zensur der medialen Berichterstattung in Nordkorea, China und der Türkei sind nur einige von zahlreichen Beispielen hierfür. Aber auch in demokratischen Ländern wird den Medien ein großer Einfluss auf die öffentliche Meinung zugeschrieben. Die Bedeutung sog. „Fake News“ für das Erstarken populistischer Bewegungen und Parteien in vielen westlichen Demokratien wird in der aktuellen Diskussion als gravierend eingeschätzt. Aber können Medieninhalte auch die Identifikation mit demokratischen Werten stärken?

Während es in den zuvor genannten Beispielen vor allem um den kontemporären Zusammenhang zwischen Medieninhalten und der öffentlichen Meinung geht, steht im vorliegenden Forschungsprojekt dagegen der langfristige, nachhaltige Effekt medialer Inhalte auf politische Einstellungen im Fokus. Unser Forschungsinteresse gilt dem langfristigen Einfluss des Zugangs zu freien Medien zu Zeiten des alten politischen Regimes auf das Wahlverhalten in einer „neuen“ Demokratie. Um diesen Einfluss bestimmen zu können, nutzen wir ein „natürliches Experiment“ aus, das vor der deutschen Wiedervereinigung in Ostdeutschland stattgefunden hat.

Westfernsehempfang in der ehemaligen DDR

Vor der Wiedervereinigung war Westfernsehen in der DDR nur eingeschränkt empfangbar. Über einen Zeitraum von mehr als 25 Jahren konnten etwa 85 % der DDR-Bürger Westfernsehen empfangen, 15 % dagegen nicht. In welcher Region die Menschen Westfernsehempfang hatten, hing dabei allein von geographischen und topographischen Gegebenheiten ab. Regionen, in denen der Empfang von Westfernsehen nicht möglich war, lagen entweder hinter Gebirgen, die das TV-Signal der Fernsehtürme auf dem Gebiet der BRD blockten, oder aber in Tälern (das sog. „Tal der Ahnungslosen“ ist hierfür das prominenteste Beispiel). Im Rahmen des

Forschungsprojekts nutzen wir diesen Umstand aus, um den kausalen Einfluss von Westfernsehempfang vor der Wiedervereinigung auf das Wahlverhalten in den entsprechenden Regionen nach der Wiedervereinigung zu studieren. Dabei konzentrieren wir uns auf sächsische Gemeinden, da hier die Prävalenz an Regionen ohne Westfernsehempfang besonders groß war. Im Hinblick auf das Wahlverhalten gilt unser Interesse den Stimmenanteilen rechts- und linksextremer Parteien sowie der Wahlbeteiligung.

Fernsehinhalte in Ost- und Westdeutschland zu Zeiten der Deutschen Teilung

Die Inhalte in Ost- und Westfernsehen waren sehr unterschiedlich. Das Ostfernsehen wurde vom sozialistischen Regime der ehemaligen DDR vor allem als Propagandainstrument genutzt; es sollte der Heranbildung einer „sozialistischen Persönlichkeit“ dienen. Dementsprechend wurde die Berichterstattung stark zensiert; das Zentralkomitee der SED prüfte die Skripte von Sendungen vor ihrer Ausstrahlung und nahm großen Einfluss auf die Inhalte von Nachrichtensendungen. Das Format „Der schwarze Kanal“ beispielsweise war ein wichtiges Propagandainstrument des DDR-Regimes und hatte das Ziel, die Politik und Gesellschaftsordnung der BRD zu diskreditieren sowie die Identifikation mit der sozialistischen Ideologie zu stärken.

Im Westfernsehen dagegen war die Berichterstattung weitgehend frei von politischer Einflussnahme.¹ Die Nachrichtensendungen zeigten einen lebhaften und offenen politischen Diskurs sowie die Vorzüge demokratischer Grundsätze und einer liberalen Gesellschaftsordnung. Zudem gab es im Westfernsehen Formate wie „Kennzeichen D“ und „Kontraste“, die sich mit der Politik in der DDR auseinandersetzten und einen unzensurierten Einblick in die wirtschaftliche und politische Situation der DDR gewährten.

* Prof. Tim Friehe ist Professor für Finanzwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg und Dr. Helge Müller Research Affiliate an der Arbeitsgruppe Finanzwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Dr. Florian Neumeier arbeitet als Postdoktorand am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Der Einfluss des (West-)Fernsehens auf die politischen Einstellungen

Es gibt viele Gründe anzunehmen, dass der Zugang zu Westfernsehen die politischen Einstellungen der DDR-Bürger nachhaltig beeinflusst hat und sich im Wahlverhalten nach der Wiedervereinigung widerspiegelt.

Zum einen könnten ehemalige DDR-Bürger, die bereits vor der Wiedervereinigung Zugang zu Westfernsehen hatten, einen Informationsvorsprung gegenüber ihren Mitbürgern ohne Westfernsehempfang gehabt haben [z. B. KERN (2011)]. Zwischen dem Fall der Berliner Mauer und der ersten Bundes- und Landtagswahl in Sachsen lag nicht einmal ein Jahr. Wenig Zeit also, sich mit dem politischen System der BRD sowie den Parteien und ihren Programmen vertraut zu machen. All jenen, die Westfernsehen zu DDR-Zeiten empfangen konnten, war dagegen die politische Kultur der BRD schon bekannter. Der hier beschriebene Effekt sollte jedoch bei späteren Wahlen an Bedeutung verlieren.

Des Weiteren könnte der langjährige Zugang zu Westfernsehen die Identifikation der ehemaligen DDR-Bürger mit dem politischen System der BRD und das Vertrauen in westdeutsche Politiker und Parteien gestärkt haben [z. B. INGLEHART (1988)]. Das Westfernsehen porträtierte die Vorzüge freier Medien und demokratischer Institutionen: Gewählte Vertreter des Volkes, deren Arbeit durch die Medien kontrolliert wird und die von der Öffentlichkeit zur Rechenschaft gezogen werden; das Wirken von „Checks and Balances“; die Möglichkeit zur politischen Teilhabe und freien Meinungsäußerung etc. Ferner werden Werte wie Offenheit und Toleranz transportiert. Der Konsum von ostdeutschen Programminhalten dagegen könnte wegen der Propagandafunktion des Ostfernsehens zur Entstehung und Verstärkung von Ressentiments gegenüber der politischen Ordnung und Gesellschaft der BRD beigetragen haben, die sich in der Hinwendung zu extremen politischen Parteien manifestieren.

Tatsächlich waren während des Kalten Kriegs einige westliche Staaten bemüht, mit ihren Fernseh- und Radioformaten ein Publikum in den kommunistischen Ländern zu erreichen. Damit verbunden war der Glaube, dass eine unzensurierte Nachrichtenberichterstattung sowie die Darstellung der westlichen Lebensweise die Entstehung demokratischer Bewegungen fördere und die Zustimmung zum Kommunismus schwächen würde [z. B. KERN und HAINMÜLLER (2009)].

Daten und Forschungsdesign

Um den Einfluss von Westfernsehempfang vor der Wiedervereinigung auf das Wahlverhalten nach der Wiedervereinigung zu untersuchen, nutzen wir den Umstand aus, dass

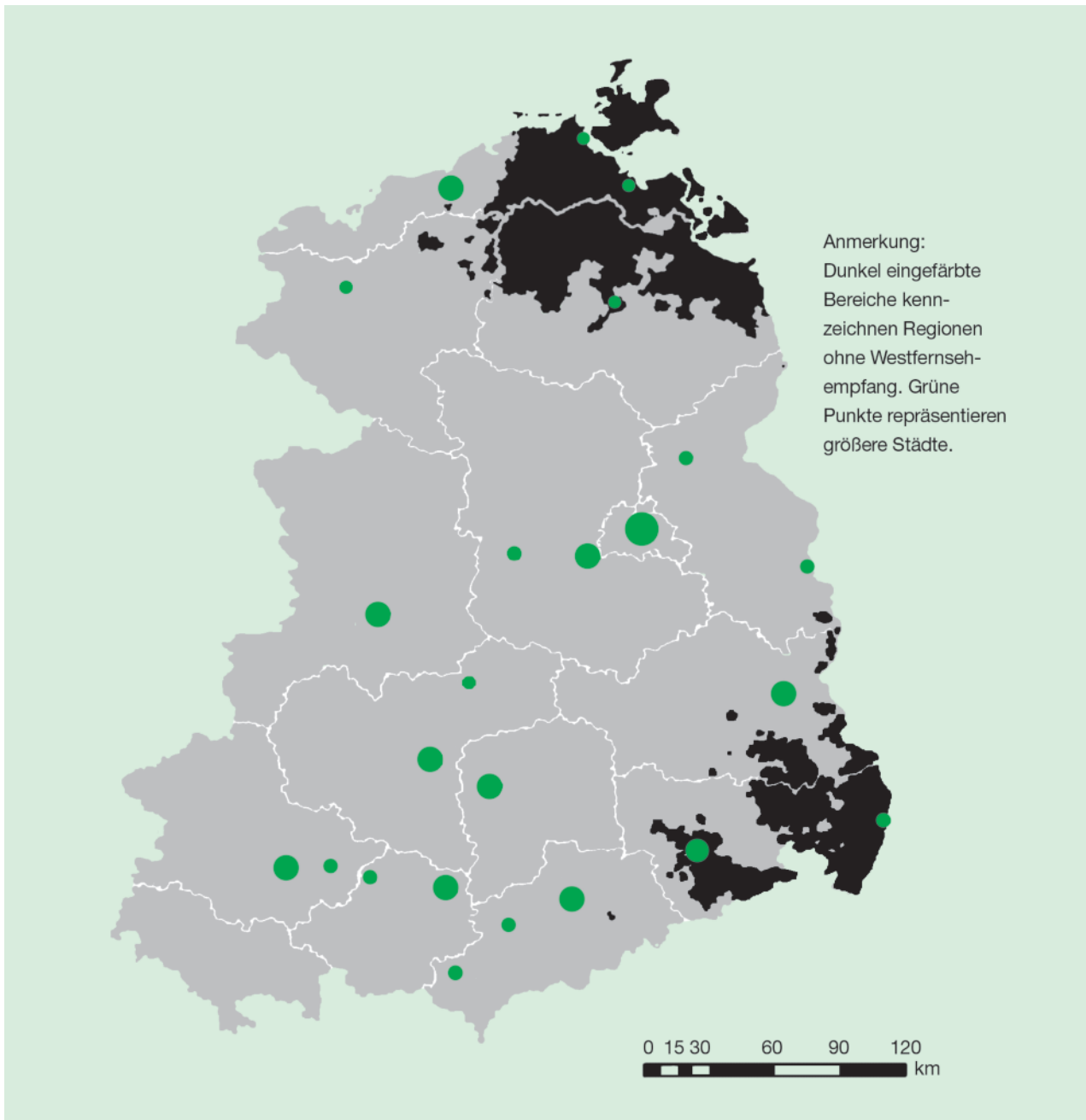
der Empfang von Westfernsehen allein durch „natürliche“ Faktoren – nämlich geographische und topographische Gegebenheiten – bestimmt wurde. Dies erlaubt es, den kausalen Effekt des Westfernsehempfangs auf das Wahlverhalten zu studieren. Wir begreifen den Zugang zu Westfernsehen in diesem Sinne als ein natürliches Experiment: All jene ostdeutschen Regionen, in denen Westfernsehen bereits vor der Wiedervereinigung empfangbar war, stellen die Versuchsgruppe dar, während Regionen ohne Zugang zu Westfernsehen als Kontrollgruppe dienen. In unserer Analyse fokussieren wir uns dabei auf die Gemeinden in Sachsen.

Um jene Gemeinden zu identifizieren, in denen Westfernsehen empfangbar bzw. nicht empfangbar war, greifen wir auf Informationen aus BURSZTYN und CANTONI (2016) zurück. Ausgehend von Informationen über die Lage von Sendemasten auf dem Gebiet der BRD nutzen diese ein Signalausbreitungsmodell, um die Stärke des Fernsehsignals in verschiedenen Regionen innerhalb der ehemaligen DDR zu bestimmen. Dabei werden die Distanz einer jeden Region zu den Sendemasten sowie die Topographie Ostdeutschlands berücksichtigt. Basierend auf den so berechneten Signalstärken werden die Gemeinden dann in eine Versuchs- und eine Kontrollgruppe eingeteilt. Abbildung 1 zeigt eine Landkarte Ostdeutschlands. Die dunkel eingefärbten Regionen sind jene, in denen die Signalstärke nicht ausreichend war, um Westfernsehen zu empfangen.

Wichtig ist noch festzuhalten, dass es zwischen den Regionen mit und ohne Westfernsehempfang vor der Wiedervereinigung keine nennenswerte Migration gab. Es gibt also kaum ehemalige DDR-Bürger, die im Laufe der Zeit aus den Gemeinden ohne Westfernsehempfang in solche mit Westfernsehempfang zogen (und umgekehrt). Deskriptive Statistiken zeigen außerdem, dass es im Hinblick auf wichtige soziodemographische Merkmale keine signifikanten Unterschiede zwischen Gemeinden aus der Versuchs- und der Kontrollgruppe gab. Dies macht uns zuversichtlich, dass Unterschiede zwischen der Versuchs- und Kontrollgruppe in Bezug auf das Wahlverhalten tatsächlich auf den asymmetrischen Zugang zu Westfernsehen zurückzuführen sind. Ferner ist dokumentiert, dass ehemalige DDR-Bürger, die in Regionen mit Westfernsehempfang lebten, dieses auch tatsächlich konsumierten. Einer Umfrage des ZENTRALINSTITUTS FÜR JUGENDFORSCHUNG zufolge schaute der Medianbürger, der in einer Region mit Westfernsehempfang lebte, täglich westdeutsches Fernsehen.

In unserer empirischen Analyse konzentrieren wir uns auf die Wahlergebnisse der Bundestags- und sächsischen Landtagswahlen in den 1990er Jahren. Bundestagswahlen fanden 1990, 1994 und 1998 statt; Landtagswahlen 1990, 1994 und 1999. Dabei greifen wir auf Informationen zu den Wahlausgängen auf Gemeindeebene zurück.

Abbildung 1: Regionen mit/ohne Westfernsehempfang in der ehemaligen DDR



Quelle: Bursztyn und Cantoni (2016).

Die zu erklärenden Variablen in unserer empirischen Analyse sind (i) die Wahlbeteiligung, also die Anzahl der Wähler geteilt durch die Anzahl der Wahlberechtigten (in %), (ii) der Stimmenanteil linksextremer Parteien sowie (iii) der Stimmenanteil rechtsextremer Parteien.² Die Daten wurden vom Bundeswahlleiter bzw. dem Landeswahlleiter zur Verfügung gestellt.

Methodisch nutzen wir eine Regressionsanalyse, um den Einfluss von Westfernsehempfang zu quantifizieren. Auf diesem Wege können wir den Einfluss weiterer Variablen berücksichtigen, die das Wahlverhalten beeinflussen könnten.

Ergebnisse

Die Ergebnisse unserer Analyse sind in den Tabellen 1 bis 3 dargestellt. Tabelle 1 zeigt die Resultate für den Stimmenanteil linksextremer Parteien, Tabelle 2 für den Stimmenanteil rechtsextremer Parteien und Tabelle 3 für die Wahlbeteiligung. Die Auswertung erfolgt dabei nach Wahlperioden getrennt. Wir fassen also jeweils die Ergebnisse von Bundes- und Landtagswahl für drei Wahlperioden wegen ihrer zeitlichen Nähe zusammen (1990, 1994, 1998/1999).

Tabelle 1: Ergebnisse Stimmenanteil linksextremer Parteien

Wahlperiode	1990	1994	1998/1999
Westfernsehen	-1,126***	-1,650***	-0,425
Niederschlag	-1,277***	-0,391***	1,315***
Nähe zur BRD-Grenze	-0,530*	-0,723*	-0,430
Nähe zur PL/CZ-Grenze	-0,209	-0,329	-1,176***
log(Bevölkerung)	1,294***	1,591***	1,319***
Anteil 15- bis 25-Jähriger	0,247	0,285	0,200
Anteil 25- bis 40-Jähriger	0,405***	0,916***	0,689***
Anteil 40- bis 65-Jähriger	0,237***	0,654***	0,708***
Anteil über 65-Jähriger	-0,036	-0,046	0,163
Ausländeranteil	-0,039	-0,021	-0,014
Anteil Sozialhilfeempfänger	0,556*	0,407*	0,831***
log(Pro-Kopf-BIP)	1,265	-2,413	2,928**
R ²	0,422	0,468	0,457
N	828	828	840

Anmerkung: *, ** und *** zeigen Signifikanz auf dem 10-%-, 5-%- und 1-%-Niveau an.

Quelle: Friehe et al. (2017).

Tabelle 2: Ergebnisse Stimmenanteil rechtsextremer Parteien

Wahlperiode	1990	1994	1998/1999
Westfernsehen	-0,227***	-0,321***	-0,487***
Niederschlag	1,579***	0,013	0,161*
Nähe zur BRD-Grenze	-0,208***	0,041	-0,461**
Nähe zur PL/CZ-Grenze	0,199***	0,220***	0,621***
log(Bevölkerung)	-0,041**	-0,029	-0,337***
Anteil 15- bis 25-Jähriger	0,076**	0,036	0,231*
Anteil 25- bis 40-Jähriger	0,082***	0,002	0,192
Anteil 40- bis 65-Jähriger	0,042***	-0,003	0,109
Anteil über 65-Jähriger	0,016	0,007	0,097
Ausländeranteil	-0,035*	0,033*	0,004
Anteil Sozialhilfeempfänger	-0,074*	0,042	0,273***
log(Pro-Kopf-BIP)	-0,390*	-0,812***	-1,249**
R ²	0,180	0,146	0,672
N	828	828	840

Anmerkung: *, ** und *** zeigen Signifikanz auf dem 10-%-, 5-%- und 1-%-Niveau an.

Quelle: Friehe et al. (2017).

Tabelle 3: Ergebnisse Wahlbeteiligung

Wahlperiode	1990	1994	1998/1999
Westfernsehen	3,180***	1,176**	0,979**
Niederschlag	5,180***	-1,857***	-1,184***
Nähe zur BRD-Grenze	-0,754	-1,885***	-2,485***
Nähe zur PL/CZ-Grenze	3,901***	4,607***	2,931***
log(Bevölkerung)	-1,998***	-2,481***	-1,852***
Anteil 15- bis 25-Jähriger	-0,968***	-0,325	0,032
Anteil 25- bis 40-Jähriger	-1,259***	-1,870***	-0,441*
Anteil 40- bis 65-Jähriger	-0,489***	-0,888***	-0,015
Anteil über 65-Jähriger	-0,299*	-0,706***	-0,335*
Ausländeranteil	-0,140	-0,227	0,078
Anteil Sozialhilfeempfänger	-0,915*	-1,330***	-1,091***
log(Pro-Kopf-BIP)	-5,378**	-0,729	0,216
R ²	0,400	0,301	0,914
N	828	828	840

Anmerkung: *, ** und *** zeigen Signifikanz auf dem 10-%-, 5-%- und 1-%-Niveau an.

Quelle: Friehe et al. (2017).

Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl die Stimmenanteile rechts- als auch linksextremer Parteien in den Wahljahren 1990 und 1994 in jenen Gemeinden, in denen Westfernsehen bereits vor der Wiedervereinigung empfangbar war, signifikant geringer waren. Bei den Wahlen im Jahr 1990 haben linksextreme Parteien in Gemeinden mit Westfernsehempfang einen Prozentpunkt weniger Stimmen erhalten; rechtsextreme Parteien 0,2 Prozentpunkte weniger. Gemessen am durchschnittlichen Stimmenanteil linksextremer (ca. 12,3 %) und rechtsextremer Parteien (ca. 2,6 %) ist dieser Effekt beachtlich. Die Unterschiede zwischen Gemeinden mit und ohne Westfernsehempfang wuchsen bei den Wahlen im Jahr 1994 noch einmal an. Hier war der Stimmenanteil linksextremer Parteien in Gemeinden mit Zugang zu Westfernsehen etwa 1,6 Prozentpunkte geringer, der Stimmenanteil rechts-extremer Parteien 0,3 Prozentpunkte.

Die Unterschiede im Hinblick auf die Wahlbeteiligung sind noch größer. In Gemeinden mit Zugang zu Westfernsehen war die Wahlbeteiligung bei den Wahlen in 1990 im Schnitt um 3,2 Prozentpunkte höher. Dieser Unterschied reduzierte sich auf weniger als die Hälfte in 1994. Eine differenziertere Analyse zeigt, dass diese Unterschiede für Bundes- und Landtagswahlen gleichermaßen bestehen.

Fazit

Freie Medien machen im Hinblick auf die politischen Einstellungen und das Wahlverhalten einen Unterschied. Unsere Analyse zeigt, dass in ostdeutschen Gemeinden, die vor der Wiedervereinigung keinen Zugang zu Westfernsehen hatten, die Stimmenanteile sowohl linksextremer als auch rechtsextremer Parteien bei den Wahlen nach der Wiedervereinigung signifikant höher waren als in jenen Gemeinden, in denen Westfernsehen empfangbar war. Gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung in Gemeinden ohne Westfernsehempfang deutlich geringer. Die Ergebnisse weisen also darauf hin, dass das Westfernsehen dabei geholfen hat, Zustimmung zum politischen System der BRD zu generieren. Auf der anderen Seite scheint das Ostfernsehen dabei geholfen zu haben, demokratiekritische oder sogar demokratiefeindliche Neigungen zu fördern.

Literatur

BURSZTYN, L. und D. CANTONI (2016): A Tear in the Iron Curtain: The Impact of Western Television on Consumption Behavior. *Review of Economics and Statistics* 98, S. 25–41.

- FRIEHE, T.; MÜLLER, H. und F. NEUMEIER (2017): Media Content's Role in the Making of a Democrat: Evidence from East Germany. MAGKS Discussion Paper No. 11-2017.
- INGLEHART, R. (1988): The Renaissance of Political Culture. *American Political Science Review* 82, S. 1203–1230.
- KERN, H. L. (2011): Foreign Media and Protest Diffusion in Authoritarian Regimes: The Case of the 1989 East German Revolution. *Comparative Political Studies* 44, S. 1179–1205.
- KERN, H. L. und J. HAINMÜLLER (2009): Opium for the Masses: How Foreign Media Can Stabilize Authoritarian Regimes. *Political Analysis* 17, S. 377–399.

URL zum Paper:

http://www.uni-marburg.de/fb02/makro/forschung/magkspapers/paper_2017/11-2017_friehe.pdf

¹ Das oberste Aufsichtsgremium der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, der Rundfunkrat, ist zur Hälfte mit Vertretern aus der Politik besetzt. Jedoch nimmt der Rundfunkrat keinen direkten Einfluss auf Programminhalte.

² In der Kategorie rechtsextreme Parteien finden sich die Republikaner, NPD, DVU, Patrioten für Deutschland, der Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland und die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (Nachfolgepartei der Patrioten für Deutschland). Unter dem Label linksextrem führen wir die KPD, SPAD, MLPD, den Bund Sozialistischer Arbeiter sowie die PDS. Wir haben uns entschieden, die PDS in diese Liste mit aufzunehmen, weil sie (i) aus der SED hervorging, (ii) vom Verfassungsschutz beobachtet wurde mit der Begründung, dass sie linksextremistische Vereinigungen innerhalb der Partei offen dulde und (iii) einige Parteiflügel vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft wurden.